

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Konstantin Kuhle, Manuel Höferlin, Stephan Thomae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/23695 –

Freiheit und Sicherheit schützen – Für eine Überwachungsgesamtrechnung statt weiterer Einschränkungen der Bürgerrechte

A. Problem

Die Fraktion der FDP kritisiert, bereits heute ermögliche eine Vielzahl an Sicherheitsgesetzen den Zugriff der Behörden auf zahlreiche persönliche Informationen von Privatpersonen. Eine genaue Übersicht über die bestehenden Überwachungsmöglichkeiten, über ihre regelmäßige Nutzung und ihre Eingriffsintensität gebe es hingegen nicht. Dennoch plane die Bundesregierung die Ausweitung der Überwachungsbefugnisse für die Sicherheitsbehörden.

Sie fordert die Bundesregierung auf, die jüngste Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ernst zu nehmen und beim Vorschlag neuer Überwachungsbefugnisse Zurückhaltung walten zu lassen. Zudem solle das wissenschaftliche Konzept einer „Überwachungsgesamtrechnung“ im Gesetzgebungsverfahren praktisch handhabbar gemacht werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/23695 abzulehnen.

Berlin, den 5. Mai 2021

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Andrea Lindholz
Vorsitzende

Michael Brand (Fulda)
Berichterstatter

Uli Grötsch
Berichterstatter

Dr. Gottfried Curio
Berichterstatter

Konstantin Kuhle
Berichterstatter

Martina Renner
Berichterstatterin

Dr. Konstantin von Notz
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Michael Brand (Fulda), Uli Grötsch, Dr. Gottfried Curio, Konstantin Kuhle, Martina Renner und Dr. Konstantin von Notz**I. Überweisung**

Der Antrag auf **Drucksache 19/23695** wurde in der 186. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. Oktober 2020 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend überwiesen.

II. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Inneres und Heimat hat in seiner 115. Sitzung am 16. Dezember 2020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD beschlossen, zu der Vorlage eine öffentliche Anhörung durchzuführen. Die öffentliche Anhörung, an der sich sechs Sachverständige beteiligt haben, hat der Ausschuss für Inneres und Heimat in seiner 121. Sitzung am 22. Februar 2021 durchgeführt. Hinsichtlich des Ergebnisses der Anhörung wird auf das Protokoll der 121. Sitzung verwiesen (19/121).

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 19/23695 in seiner 138. Sitzung am 5. Mai 2021 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE.

Berlin, den 5. Mai 2021

Michael Brand (Fulda)
Berichtersteller

Uli Grötsch
Berichtersteller

Dr. Gottfried Curio
Berichtersteller

Konstantin Kuhle
Berichtersteller

Martina Renner
Berichterstellerin

Dr. Konstantin von Notz
Berichtersteller

